

Einwohnerantrag

Wohnungspolitik Heidelberg

Der Gemeinderat der Stadt Heidelberg beschließt,

- in Sorge um den sozialen Zusammenhalt bei weiteren Verschärfungen am Wohnungsmarkt in Heidelberg und der Region,
 - um mehr als bisher auf die immer schwierigere Situation für mittlere, untere und unterste Einkommensbezieher auf dem Wohnungsmarkt zu reagieren,
 - im Bewusstsein, dass weiteres Wachstum der Stadt nur mit sozial gerechtem Wohnungsbau möglich sein darf,
 - wissend, dass mehr als die Hälfte der Haushalte Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein für eine geförderte Miet- oder Eigentumswohnung hat,
 - im Bemühen, durch wohnungspolitische Kooperation den Menschen in unserer Region mit ihrer starken Fluktuation aber auch teuren Mieten zu helfen, finanziell tragbar wohnen zu können,
- a) dass bei allen zukünftigen Bebauungsplänen mit Wohngebieten **vorrangig gemeinwohlorientierte** Bauträger zum Zuge kommen sollen, also kommunale Wohnungsbaugesellschaften, Baugenossenschaften, insbesondere bürgerschaftliche Baugruppen und Wohnprojekte sowie Kleingenuossenschaften,
- b) dass alle 34 Maßnahmen des „**Handlungsprogramm Wohnen Heidelberg** Februar 2017“ mit messbaren Indikatoren weiter ausformuliert werden, um die in der Präambel **angekündigte Wohnbauoffensive** umzusetzen,
- c) dass bei neuem Baurecht immer mindestens 40% dauerhaft geförderte Mietwohnungen und 30% Eigentumswohnungen für **mittlere, untere und unterste Einkommensbeziehende** orientiert an den Einkommensgrenzen für Wohnberechtigungsscheine vorgesehen werden,
- d) dass die **städtische Wohnbaugesellschaft GGH** beauftragt wird, in den nächsten sechs Jahren ihren Wohnungsbestand um mindestens 4.000 geförderte Wohnungen zu erhöhen und dass die dafür notwendigen Eigenkapitalzuschüsse durch die Stadt Heidelberg gewährt werden,
- e) dass die Stadt Heidelberg zusammen mit den interessierten Umlandgemeinden ein **regionales Wohnbauforum** einrichtet, das verbindliche Wohnbauversorgungskonzepte und deren Umsetzungsmaßnahmen in den beteiligten Gemeinden erarbeitet,
- f) dass ein **regionaler revolvierender Wohnbaufonds** Rhein-Neckar für die Grundfinanzierung einer dauerhaft bezahlbaren Wohnungsverorgung in Heidelberg und der Region bei neuen Projekten eingerichtet werden soll, in den Bund, Land, Kommunen und auch Bürgerinnen und Bürger einzahlen sollen,
- g) dass in der regionalen Siedlung „**Kurpfalz**hof“ im ehemaligen **Patrick-Henry-Village** für die Deckung des regionalen Wohnbedarfs mindestens 75% der bebaubaren Flächen für den von der Stadt Heidelberg zusammen mit Umlandgemeinden geplanten Wohnungsbau in kleinteiligen Eigentumsstrukturen vorgesehen werden,
- h) dass die Eigentümerin des PHV, die bundeseigene **BImA** aufgefordert wird, die für dauerhaft bezahlbaren Wohnungsbau notwendigen Flächen im PHV kostenfrei in die Entwicklung einzubringen,
- i) **den Landtag und die Landesregierung Baden-Württemberg** aufzufordern, für die Sicherung des preisgünstigen Mietwohnungsbestandes die Geltungsbereiche der Landesverordnungen zu Kappungsgrenzen bei Mieterhöhungen, Mietpreisbremse und Kündigungssperrfrist für Eigenbedarfskündigungen bei Umwandlungen auf alle regionalen Nachbargemeinden Heidelbergs auszudehnen und deren Geltungsdauer über 2020 hinaus zu verlängern,
- j) dass die **Stadt Heidelberg** die ordnungsrechtlichen Instrumente unter i) und auch die Zweckentfremdungsverordnung dauerhaft und aktiv bewerben soll,
- k) die **Bundesregierung und den Bundestag** aufzufordern, die Wohnbauförderungsmittel für Sozial und Normalwohnungen massiv zu erhöhen, für eine befristete Zeit einen bundeweiten Mietendeckel einzuführen, die Erstellung von Mietspiegeln auf mindestens 10 Jahre auszudehnen, die Mietpreisbremse flächendeckend einzuführen sowie die Modernisierungsmieterhöhung und die Umlage der Grundsteuer auf die Mieter abzuschaffen,
- l) die für die Umsetzung dieser Beschlüsse notwendigen **personellen und finanziellen Ressourcen** bereit zu stellen,
- m) dass für die Umsetzung des Handlungsprogramms Wohnen eine Bürgerbeteiligung gemäß den Leitlinien **Bürgerbeteiligung** eingerichtet wird.

Ich unterstütze diesen Einwohnerantrag nach § 20b Gemeindeordnung Baden-Württemberg

Name	Vorname	Straße	Ort	Geburtsdatum	Datum, Unterschrift
			Heidelberg		

Mehr Platz für Unterschriften von wahlberechtigten Heidelbergern und Heidelbergerinnen auf der Rückseite!